Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend**Fachkräftemangel in der Altenpflege stoppen! Ausbildungsplatzanzahl erhöhen!****I. Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend**

Die Fraktion der CDU hat am 14. Oktober 2014 den Antrag „Fachkräftemangel in der Altenpflege stoppen! Ausbildungsplatzanzahl erhöhen!“ (Drucksache 18/1580) gestellt:

„Laut aktuellen Untersuchungen, wie dem ‚Pflegerreport 2030‘ der Bertelsmann Stiftung ist davon auszugehen, dass angesichts der demografischen Entwicklungen der Pflegebedarf in den nächsten 15 Jahren um 50 % ansteigen wird. Es wird prognostiziert, dass deutschlandweit bis zu 500 000 Pflegekräfte fehlen werden. Aktuelle Erhebungen der Arbeitnehmerkammer Bremen kommen zum Ergebnis, dass im Land Bremen bereits im Jahr 2012 die Krankenhäuser und Pflegedienste ihren Fachkräftebedarf nicht decken konnten. So entstehen schon heute durch diese Engpässe in der Personalausstattung trotz der hervorragenden Arbeit der Pflegenden qualitative Probleme im Pflegebereich.

Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, müssen deshalb endlich die richtigen Weichen in Bremen gestellt werden: Es reicht nicht aus, sich mit der Bremer Pflegeinitiative zu schmücken, die bis 2020 1 300 neue Pflegekräfte für das Land Bremen verspricht. Der Senat muss die Anzahl der landesgeförderten Plätze in den sechs Altenpflegeschulen im Land Bremen an den tatsächlichen Bedarf und die tatsächliche Nachfrage anpassen. Dies haben immer wieder auch die Verbände der freien Wohlfahrtspflege und Pflegevertreter gefordert.

Nachdem zu Beginn des Ausbildungsjahrs 2013/2014, so wie bereits in den Jahren davor, ca. 120 qualifizierte Bewerber abgewiesen werden mussten, erhöhte der Senat die Anzahl der Ausbildungsplätze in der Altenpflege zwar von 84 auf 120. Diese reichen dennoch nicht aus, um allen qualifizierten Bewerbern die angestrebte Ausbildung zu ermöglichen. Wer heute den Beruf der Altenpflegerin oder des Altenpflegers ergreifen möchte, darf mit Blick auf die demografische Entwicklung nicht länger wegen fehlender Plätze in den Altenpflegeschulen abgewiesen werden. Zudem stagniert der finanzielle Zuschuss pro Auszubildenden an die Altenpflegeschulen seit 1997 und ist nicht mehr kostendeckend.

Das aus ESF- und Landesmitteln finanzierte Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm des Landes Bremen für die Jahre 2014 bis 2020 (BAP) hat u. a. zum Ziel, die Anzahl von Jugendlichen ohne Berufsabschluss zu verringern sowie Jugendliche, Arbeitnehmer und Arbeitslose für am Markt tatsächlich nachgefragte Tätigkeiten und Berufe zu qualifizieren und dadurch einen Beitrag zur Armutsbekämpfung zu leisten. Die Erhöhung der Anzahl von Altenpflegeschulplätzen dient diesen Zielen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Anzahl der landesfinanzierten Plätze in Altenpflegeschulen im Land Bremen bis zum Beginn des nächsten Ausbildungsjahres auf ein bedarfsdeckendes Niveau anzuheben und die Aufstockung aus dem BAP zu finanzieren.“

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Antrag am 18. Dezember 2014 zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend überwiesen.

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend berichtet dem Überweisungsbeschluss entsprechend wie folgt:

Nach der SGB-XI-Pflegestatistik 2011 (Sozialgesetzbuch) gab es in Bremen 109 ambulante Pflegeeinrichtungen mit 3 472 Beschäftigten und 99 stationäre Pflegeeinrichtungen mit 5 478 Beschäftigten.¹⁾ In der Altenpflege im Land Bremen arbeiten 3 642 Pflegefachkräfte, davon sind 2 387 Altenpflegefachkräfte. Da diese Personen zum Teil in Teilzeit arbeiten, sind 1 966 Vollzeitäquivalente zu zählen (Müller/Rothgang, Seite 21).²⁾

Die demografische Entwicklung führt zu einer steigenden Zahl von pflegebedürftigen Menschen. Gleichzeitig ist abzusehen, dass das Potenzial an zur Verfügung stehenden Fachkräften in der Kranken- und Altenpflege sinkt. In der Zukunft kann sich der Fachkräftemangel in der Pflege, wie er u. a. von der Agentur für Arbeit festgestellt wird, weiter verschärfen (Bundesagentur für Arbeit, Seite 15 ff.).³⁾ Der Fachkräftemangel in der Altenpflege geht einerseits zulasten der Beschäftigten und trifft andererseits die Pflegebedürftigen. Die Einrichtungen der Altenpflege und der Behindertenhilfe im Land Bremen haben große Schwierigkeiten, ausreichend geeignetes Pflegepersonal zu gewinnen. Dies macht Anstrengungen zur Ausbildung und Höherqualifizierung von Pflegekräften nötig. Die „Bremer Pflegeinitiative gegen den Fachkräftemangel“ vereinigt seit 2012 viele Akteure, um der Entwicklung gemeinsam zu begegnen.⁴⁾

Im Mai 2014 wurden Herr Dr. Müller und Herr Prof. Dr. Rothgang beauftragt, ein Gutachten zu erstellen mit der Fragestellung: „Besteht jetzt und prognostisch bis 2025 ein Mangel an Ausbildungsplätzen in der Altenpflegeausbildung?“ Das Gutachten wurde von Müller/Rothgang im November 2014 vorgelegt und im Januar 2015 dem Landespflegeausschuss Bremen vorgestellt. Es lässt keinen Zweifel an der Dringlichkeit zu handeln. Dies gilt sowohl zeitlich als auch quantitativ. Das Gutachten prognostiziert bis 2025 eine Versorgungslücke von 700 Fachkräften in der Altenpflege. Dieses auf der Grundlage von Befragungen und der aktuellen Pflegestatistik berechnete Ergebnis sollte als valide Prognose für Planungen zugrundegelegt werden.

Müller/Rothgang haben verschiedene Entwicklungsvarianten betrachtet, die aber alle zu dem Ergebnis eines Mangels an Ausbildungsplätzen führen. Das Gutachten geht im „realistischen Trend“ davon aus, dass eine bedarfsdeckende Versorgung nur erreicht werden kann, wenn ab 2015 mindestens 330 neue Auszubildende jährlich starten (Müller/Rothgang, Seite 67). Unter der Voraussetzung, dass in 2015 80 neue Umschülerinnen/Umschüler starten, was allerdings vermutlich nicht erreicht werden kann, werden 250 Erstausbildungsplätze erforderlich sein. 120 gibt es bereits; 130 zusätzliche müssten geschaffen werden. Bis 2025 wird im Gutachten die Notwendigkeit einer Steigerung auf insgesamt 392 Plätze nachgewiesen. Wird die Anzahl der Ausbildungsplätze nicht auf dieses Niveau erhöht, bedeutet dies eine wachsende jährliche Lücke und einen kumulierenden Fachkräftemangel.

In der Vergangenheit wurden vom Senat erhebliche Anstrengungen zur Erhöhung der Zahl der Erstausbildungsplätze unternommen. Diese Zahl wurde in fünf Jahren (2010 bis 2014) schrittweise gesteigert von 50 auf 120. Um die Mangelsituation auszugleichen, ist diese Steigerung immer noch nicht ausreichend. Nach Angaben des Jobcenters gibt es auch immer weniger geeignete und motivierte Umschülerinnen/Umschüler, sodass die erhöhten Umschulungszahlen

¹⁾ Statistisches Landesamt Bremen, „Statistisches Jahrbuch 2013“, Seite 234 f.

²⁾ Dr. Rolf Müller und Prof. Dr. Heinz Rothgang, „Bedarfs- und Angebotsanalyse und -prognose über Ausbildungsplätze in der Altenpflegeausbildung, Gutachten im Auftrag der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen in Bremen“, Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik, 2014, <http://www.zes.uni-bremen.de/das-zentrum/organisation/mitglieder/heinz-rothgang/gutachten/?publ=5138>.

³⁾ Bundesagentur für Arbeit, „Der Arbeitsmarkt in Deutschland – Fachkräfteengpassanalyse“, Juni 2014 <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Fachkraeftebedarf-Stellen/Fachkraefte/BA-FK-Engpassanalyse-2014-06.pdf>.

⁴⁾ Bremer Pflegeinitiative gegen den Fachkräftemangel, <http://www.soziales.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen69.c.22588.de>.

vergänger Jahre zukünftig nicht mehr erreicht werden können. Dies verstärkt die Notwendigkeit, zu höheren Zahlen in der Erstausbildung zu kommen.

Es gibt zurzeit noch ausreichend viele Bewerberinnen/Bewerber auf Ausbildungsplätze in der Altenpflege. 2014 wurden 120 Erstausbildungsplätze besetzt, weitere 120 qualifizierte Bewerberinnen/Bewerber mussten abgelehnt werden. Voraussichtlich stehen 2015 noch einmal ausreichend viele Bewerberinnen/Bewerber zur Verfügung. Ab 2016 sinken die Zahlen der Schulabgängerinnen/Schulabgänger aber stärker als bisher (Seite 72, ebenda). Auf Bundesebene ist geplant, dass ab 2017 nur noch die generalistische Pflegeausbildung mit der Zugangsvoraussetzung des mittleren Bildungsabschlusses begonnen werden kann. Es soll eine neue Pflegefachkraftausbildung starten, die die Alten- und Krankenpflegeausbildungen zusammenführt. Ca. 20 % der heutigen Auszubildenden in der Altenpflege würden dann aufgrund ihrer niedrigeren Schulabschlüsse keine Pflegefachkraftausbildung mehr beginnen können. Dies bedeutet eine weitere Einschränkung der Bewerbungszahlen. Das Zeitfenster zur möglichen Besetzung zusätzlicher Ausbildungsplätze ist also begrenzt.

Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen wird sich daher in Abhängigkeit von den Finanzierungsmöglichkeiten für die Erhöhung der Anzahl der Erstausbildungsplätze in 2015 von 120 auf bis zu 250 einsetzen. Hierfür sind ressortübergreifende Anstrengungen notwendig. Ziel ist, dass noch in 2015 mit einer erhöhten Ausbildungszahl gestartet werden kann.

Im Rahmen der Vorbereitung der Jugendberufsagentur und der Ausbildungsgarantie wird aktuell beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen eine Senatsbefassung vorbereitet. In den letzten Monaten haben vier thematisch differenzierte Arbeitsgruppen Vorschläge und Maßnahmen zur Realisierung der Ausbildungsgarantie erarbeitet, in der Arbeitsgruppe 2 wurde u. a. der Vorschlag erarbeitet, jährlich die Anzahl der schulischen Ausbildungsplätze um mindestens 20 Plätze zu erhöhen.

Die Steuerungsgruppe zur Ausbildungsplatzgarantie hat dem Fördervorschlag zugestimmt, die Mittel zur Finanzierung der Ausbildungsgarantie sollen aus Landesmitteln bereitgestellt werden. Die Ergebnisse der Senats- und der Deputationsbefassung lagen zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Vorlage noch nicht vor.

Darüber hinaus wird derzeit geprüft, ob Möglichkeiten der Finanzierung von weiteren Ausbildungsplätzen für bestimmte, im Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm genannte, Zielgruppen möglich sind.

In der Betrachtung der Kosten für zusätzliche Ausbildungsplätze ist zu beachten, dass sich diese aufgrund der dreijährigen Ausbildungsdauer über mehrere Jahre aufbauen.

2015

Bei 120 Plätzen besteht für 2015 inklusive Umschülerkosten ein Finanzierungsbedarf von bisher 1,48 Mio. €. Bei einer Erhöhung auf 250 Plätze werden die Mehrkosten für 2015 gegenüber dem Anschlag von 1,15 Mio. € auf 600 T€ geschätzt. Die Gesamtkosten der Altenpflegeausbildung würden in 2015 dann 1,75 Mio. € betragen.

2016

Bei 120 Plätzen besteht für 2016 inklusive Umschülerkosten ein Finanzierungsbedarf von 1,45 Mio. €. Die Kosten würden in 2016 durch die Fortführung der Erhöhung der Ausbildungszahlen auf 250 weiter steigen. Die Mehrkosten für 2016 werden auf 830 T€ geschätzt. Die Gesamtkosten der Altenpflegeausbildung betragen in 2016 dann statt geschätzter 1,6 Mio. € neu 2,3 Mio. €.

2017

Die Mehrkosten für 2017 werden auf 1,4 Mio. € geschätzt. Die Gesamtkosten der Altenpflegeausbildung würden in 2017 dann statt geschätzter 1,6 Mio. € neu 2,98 Mio. € betragen. Bei der Einführung der generalisierten Ausbildung würde eine Fondsfinanzierung das bisherige Finanzierungssystem ersetzen. Die genauen Kosten können noch nicht angegeben werden. Es ist anzunehmen, dass sie insgesamt über den bisher für die Altenpflegeausbildung angenommenen Kosten für 2017 liegen werden.

Vor diesem Hintergrund der zu prüfenden Finanzierungsmöglichkeiten einer Erhöhung der Ausbildungszahlen in der Altenpflege ist eine solche Anhebung zwar grundsätzlich zu begrüßen. Die von der Fraktion der CDU in der Bremischen Bürgerschaft beantragte umgehende Anhebung der Anzahl der landesfinanzierten Plätze in Altenpflegeschulen im Land Bremen auf ein bedarfsdeckendes Niveau und die Finanzierung dieser Aufstockung aus dem BAP ist jedoch nicht möglich.

II. Beschlussempfehlung

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag), den Antrag der Fraktion der CDU vom 14. Oktober 2014 (Drucksache 18/1580) „Fachkräftemangel in der Altenpflege stoppen! Ausbildungsplatzanzahl erhöhen!“ abzulehnen.

In Vertretung
Klaus Möhle

In Vertretung
Dirk Schmidtman
(Sprecher)